

abbvie

 **Boehringer
Ingelheim**

Lilly

AbbVie Deutschland GmbH & Co. KG / Boehringer Ingelheim Deutschland GmbH/ Lilly Deutschland GmbH

Spargesetz ist eine Gefahr für den Pharmastandort Rheinland-Pfalz und Deutschland

im Namen von AbbVie Deutschland, Boehringer Ingelheim und Lilly Deutschland danken wir Ihnen herzlich für die konstruktiven Gespräche in der Vergangenheit und Ihr kontinuierliches Engagement für den Pharmastandort Rheinland-Pfalz und Deutschland. Besonders für Rheinland-Pfalz stellt die Pharmaindustrie eine Schlüsselindustrie dar, die das Land wie kaum eine andere Branche prägt.

Mit umso größerer Besorgnis sehen wir die aktuellen Pläne der Bundesregierung für ein GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz. Die darin enthaltenen Maßnahmen übersteigen unsere bereits in der Vergangenheit geäußerten Befürchtungen deutlich. Insbesondere – aber nicht nur – die **Dynamisierung des Herstellerabschlags** entzieht trotz der kurzfristig eingefügten, sehr engen Ausnahmemöglichkeit jeder verlässlichen Geschäftsplanung die Grundlage. Investitionsplanungen für den Pharmastandort Rheinland-Pfalz stehen mit diesen Maßnahmen auf dem Spiel – mit unabsehbaren Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit unserer heimischen Industrie. Auch vor dem Hintergrund der gegenwärtigen US-Pharmapolitik (MFN) ist das ein aus unserer Sicht völlig unverständliches Signal an die Industrie.

Der Entwurf des Gesundheitsministeriums sieht darüber hinaus **Rabattverträge für patentgeschützte Arzneimittel mit therapeutisch vergleichbarer Wirkung** vor. Sollte diese Regelung so umgesetzt werden, drohen Einschränkungen der Therapieviefalt und eine stärkere Rationierung medizinischer Optionen für Patientinnen und Patienten. Zudem würde der AMNOG-Prozess der nutzenbasierten Preisfindung weiter ausgehöhlt und die Fehler, die die Bundesregierung bereits im Generika-Markt gemacht hat, wiederholt werden.

Die zusätzliche Verschärfung von **Preis-Mengen-Vereinbarungen** ist eine weitere Belastung für erfolgreiche Innovationen. Denn starre gesetzliche Umsatzschwellen mit festen Rabattsätzen richten den Preis eines Arzneimittels nicht mehr daran aus, welchen medizinischen Nutzen es tatsächlich hat. Ein gesetzlich verpflichtender pauschaler Preisabschlag entwertet Innovationen und bestraft sie letztendlich für eine breite therapeutische Anwendung.

abbvie

Boehringer
Ingelheim

Lilly

Die pharmazeutische Industrie zählt heute zu den wenigen noch verbliebenen Wachstumstreibern der deutschen Wirtschaft. Mit Blick auf Rheinland-Pfalz stützt sie Zuliefererbetriebe, ist hochinnovativ und schafft sichere Arbeitsplätze, die – wie bei AbbVie und Boehringer Ingelheim – tarifgebunden sind. **Anders als häufig behauptet, leistet die Industrie durch gesetzliche Einsparungen und Rabatte bereits heute einen erheblichen Sparbeitrag im Gesundheitssystem – allein im vergangenen Jahr rund 29 Mrd. Euro.** Diese Einsparungen kommen dem ganzen Gesundheitssystem zugute.

Im Pharmadialog der Bundesregierung hat sich unsere Branche mit konstruktiven Vorschlägen, etwa Pay4Performance-Verträgen, eingebracht. Zudem liegen Vorschläge auf dem Tisch, wie Unternehmen, die sich in besonderer Weise in Deutschland engagieren, gestärkt werden könnten, z. B. durch Innovations- bzw. Resilienzprämien. Diese hätten Standort und Versorgung stärken können – dahingegen belasten die nun im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Sparmaßnahmen unsere Branche unverhältnismäßig, beeinträchtigen den Zugang zu Innovationen massiv und erschüttern das Vertrauen in den Standort Deutschland auf lange Sicht.

Vor diesem Hintergrund möchten wir Sie daher ausdrücklich bitten, Ihren politischen Einfluss zu nutzen und sich innerhalb Ihrer Partei klar gegen unverhältnismäßige Belastungen für die Industrie auszusprechen.

Für einen persönlichen Austausch stehen wir Ihnen gerne jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

